



PM 07-08-1

19.08.2007

Die Konkurrenz muss weg

SPD greift in die Mottenkiste

Zum bildungspolitischen Leitantrag der NRW-SPD anlässlich ihres Landesparteitages am 25.08.07 in Bochum

Die SPD strebt die flächendeckende und verpflichtende Einführung von Gesamtschulen unter Auflösung von Haupt-, Realschulen und Gymnasien an. Der Grundgedanke ist an sich nicht Neues, sondern seit den 70er-Jahren bekannt. Bisher allerdings ohne Erfolg. Zuletzt musste die SPD im Jahr 2003 ihren Plan aufgeben, ein 2-Säulen-System (Gemeinschaftsschule ohne Gymnasium) einzurichten, weil sie am Widerstand vor allem der Realschuleltern scheiterte.

Neu am aktuellen Plan ist nur, dass auch das Gymnasium jetzt nicht mehr geschont werden soll. Bei näherer Betrachtung des Leitantrages wird schnell deutlich, dass das, was die SPD da als neues Schulkonzept unter dem Namen "Gemeinschaftsschule" ankündigt, nichts anderes ist als die bisher wenig erfolgreiche Gesamtschule ohne Konkurrenz anderer Schulformen. Die Gesamtschule ist jedoch auch nach PISA kein Vorbild für eine neue deutsche Schule, wie mehrfach nachzulesen ist. Groteskerweise holt die SPD aber gerade unter Berufung auf die Studie jetzt ihre alten Pläne aus der Mottenkiste.

Alle angeführten Aspekte sind - egal wie diskussionswürdig sie im einzelnen auch erscheinen – bei wirklich objektiver Betrachtung nicht an eine Schulsystemreform gebunden. Sie ließen sich auch im bestehenden Schulsystem umsetzen und würden da gerade den Hauptschulen und ihren Schülern zu Gute kommen. Doch das erforderte ideologiefreies Herangehen an die Problematik, würde die Konkurrenz stärken und benötigte Geld, das vor allem unter SPD-Verantwortung für viele der seit langem bekannten Ideen angeblich nie vorhanden war. Deshalb ist zu befürchten, dass, wenn das Schulsystem erstmal verändert wäre, eine Umsetzung all der anderen Versprechungen mit Verweis auf fehlende Mittel auf sich warten ließe.

Perfiderweise begründet die SPD ihre Pläne gerade auch mit der Situation der Hauptschulen, während es sich jedoch als roter Faden durch das Papier zieht, dass nur das Abitur als anzustrebender Schulabschluss von Bedeutung angesehen wird. Damit qualifiziert man öffentlichkeitswirksam Schulformen ab, die nicht direkt zum Abitur führen und übersieht geflissentlich, dass die immer wieder eingeforderte Durchlässigkeit unseres Schulsystems in vertikaler Richtung längst gegeben ist. Es gibt nämlich bereits für jeden Abschluss einen Anschluss, der auch zum Abitur führen kann.

Besonders erstaunlich ist, dass die SPD Gegebenheiten übersieht, für die sie selbst gesorgt hat. Alle NRW-Schüler, die bei PISA auf den letzten Plätzen landeten, lernten ausnahmslos unter Bedingungen, die von SPD-Bildungspolitikern gestaltet worden waren. Sie zeichneten sich seit sehr langer Zeit dadurch aus, dass man versuchte, die nivellierende Gesamtschulbildung allgemein durchzusetzen. Gymnasien und Realschulen leisteten trotz in vieler Hinsicht schlechter Bedingungen gute Arbeit, wie Ihnen in diversen Studien bescheinigt wurde. Gerade diese Schulformen sollen jetzt aber geopfert werden. Die Frage nach dem Sinn gibt Anlass zu Spekulationen.

Sollte man bei der SPD glauben, mit diesem bildungspolitischen Konzept die nächste Landtagswahl gewinnen zu können, wird man sich – wie schon 2005 – eines Besseren belehren lassen müssen. Die Eltern werden sich eine partielle Entmündigung durch Einschränkung ihrer Schulwahlfreiheit nicht gefallen lassen. Sie werden wieder um den Erhalt ihrer Schulformen in einem pluralistischen Schulsystem kämpfen.

Training stärkt – das sollte auch bei der SPD bekannt sein.

Rückfragen unter 0172 2641310 an Claudia Jacobi, Geschäftsführerin der LERS